

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die EU und die Volksrepublik China

Die Volksrepublik China ist der größte Handelspartner der EU in Asien und seit 2002 ihr zweitgrößter Handelspartner nach den USA. Aufgrund des rasanten Wirtschaftswachstums von mehr als 10 % pro Jahr wird sich China aller Voraussicht nach zur größten Wirtschaftsmacht des 21. Jahrhunderts entwickeln. Gleichzeitig bilden die 1,3 Mrd. Chinesen einen immer wichtigeren Absatzmarkt für europäische Produkte. Die EU hat auf die steigende Bedeutung des Landes inzwischen mit der Formulierung einer neuen China-Strategie reagiert.

Rückblick

Im Jahr 1975 erklärte die EG, künftig die Regierung der Volksrepublik China als einzigen legitimen Vertreter des ganzen Landes anzuerkennen. Drei Jahre später wurde ein erstes Handelsabkommen vereinbart. Regelmäßige politische Kontakte begannen 1983. Es folgten einzelne Kooperationsprojekte und 1988 die Eröffnung einer Vertretung der Kommission in Peking. Einen Rückschlag erlitt das bilaterale Verhältnis durch die blutige Niederschlagung der Massendemonstrationen in Peking 1989, die zu scharfen Protesten der EU führte. Trotzdem wurden in der Folgezeit zahlreiche Kooperations- und Handelsverträge abgeschlossen. Seit 1998 finden zudem jährliche Gipfeltreffen zwischen der EU und China statt. Beim letzten Gipfel im September 2006 in Helsinki bekannten sich beide Seiten zur verstärkten Kooperation in den Bereichen Energie, Schutz geistigen Eigentums und Entwicklungszusammenarbeit in Afrika.

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg

Der wirtschaftliche Aufschwung in China begann 1978. Damals leitete der neue Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Deng Xiaoping, unter dem Motto – „Ob weiße oder schwarze Katzen, fangen sie Mäuse, sind sie gute Katzen“ - eine bis dahin beispiellose ökonomische Reform- und Öffnungspolitik ein, die zu Wachstumsraten von mittlerweile ca. 10 % jährlich führte. Als Folge dieses Booms verdichteten sich zunächst die Wirtschaftsbeziehungen EU-China. So stieg etwa allein 2006 das bilaterale Handelsvolumen um 25,3 % und erreichte 273,3 Mrd. US-\$. Dabei besitzt China einen Sonderstatus innerhalb der Weltwirtschaft. Einerseits ist China schon jetzt nach den USA, Japan und Deutschland die viertgrößte Volkswirtschaft, andererseits gehört es mit einem Pro-Kopf-Inlandsprodukt von knapp

über 1.700 US-\$ zu den Entwicklungsländern. Allein 2004 erhielt China von der EU und den Mitgliedstaaten Hilfen in Höhe von 557 Mio. US-\$. Inzwischen hat im Westen eine Diskussion über die Frage eingesetzt, ob Entwicklungshilfe für China überhaupt noch sinnvoll ist.

Belastungen in den politischen Beziehungen

Der Reformprozess in China beschränkte sich auf den Wirtschaftsbereich. Zwar wird beim Aufbau des „Sozialismus chinesischer Prägung“ die Demokratie von den Machthabern offiziell als ein Hauptziel formuliert, wirkliche politische Reformen blieben jedoch bis heute aus. Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass zum Alltag in China immer noch massive Verletzungen der Menschenrechte, Verstöße gegen Meinungs- und Pressefreiheit, menschenunwürdige Bedingungen in den Arbeitslagern, und die Vollstreckung von Todesurteilen gehören. Die EU reagierte auf die demokratischen Defizite mit einem Menschenrechtsdialog, der seit 1996 zweimal jährlich stattfindet. Anlässlich des jüngsten Menschenrechtsdialogs am 15./ 16. Mai 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft wurde in Berlin über Pressefreiheit, die Reform des Strafrechtssystems und Minderheitenpolitik diskutiert. Nach Ansicht der chinesischen Regierung hat sich die Menschenrechtssituation in den letzten Jahren wesentlich verbessert, so wie es Peking bei der Ausschreibung für die Olympischen Spiele 2008 versprochen hatte. Hingegen äußerte EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner bei ihrem Chinabesuch im Januar 2007, dass sie „keine Verbesserung des Umfeldes“ erkennen könne. Nach Einschätzung des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, McMillan-Scott, hat sich die Menschenrechtssituation dort sogar verschlechtert.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren zudem, dass China auch in den Beziehungen mit Drittstaaten kaum Wert auf demokratische Grundsätze lege und beispielsweise günstige Kredite an afrikanische Staaten (einschließlich korrupter und diktatorisch regierter Länder wie Angola und Simbabwe) vergebe, für die es dann als Gegenleistung Rohstofflieferungen erhalte. Angesichts dieser Entwicklungen mahnten die Finanzminister der G 8 auf ihrem Treffen im Mai 2007 eine „verantwortungsvolle Kreditvergabe“ an afrikanische Staaten an, ohne allerdings China ausdrücklich zu nennen.

Ein weiterer Streitpunkt besteht in der Frage des Waffenembargos, das 1989 verhängt wurde. Auf chinesischer Seite wird das Waffenembargo als politische Diskriminierung und Überbleibsel des Kalten Kriegs betrachtet. Unter den EU-Mitgliedstaaten befürworteten Frankreich und Italien die Aufhebung des Embargos. Sie sind der Ansicht, dass das Waffenembargo der gegenwärtigen Realität in China nicht mehr entspricht. Andere EU-Mitgliedstaaten, wie Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und die skandinavischen Staaten fordern hingegen, Wirtschaftsinteressen nicht höher als Menschenrechte zu bewerten. Die EU erklärte dazu, dass erkennbare Verbesserungen bei den Menschenrechten die Voraussetzung für eine Wiederaufnahme von Waffenlieferungen sei.

Wirtschafts- und Handelsstreitigkeiten

Unter der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas boomt der Kapitalismus im ganzen Land. Dabei ist die Wirtschaftspolitik Chinas eine Mischung aus Kommunismus, Kapitalismus und Protektionismus, wobei die Handelskonflikte zwischen der EU und China vor allem durch letzteren verursacht werden. Hinzu kommt noch der von der Regierung in Peking niedrig gehaltene Wechselkurs der Landeswährung Yuan. Diese beiden Faktoren führten 2006 zu einem Handelsdefizit der EU gegenüber China in Höhe von 136 Mrd. €. Im Oktober 2006 drohte EU-Handelskommissar Mandelson damit, zur Beseitigung der Hindernisse im freien Handel mit China ein Verfahren vor der World Trade Organisation (WTO) anzustrengen. Am 18. April 2007 warnte er, dass die Geduld der EU zu Ende

gehe, wenn nicht bald substanzielle Verbesserungen beschlossen würden. Einen Monat später wiederholte EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner die Forderung nach einem „verstärkten Marktzugang in China“.

Ein weiteres Problem ist die weit verbreitete Produktpiraterie europäischer Marken durch chinesische Unternehmen. So stammen ca. 80% der 23 Mio. im vergangenen Jahr von den durch EU-Zollbehörden beschlagnahmten Fälschungen aus China. Die Situation auf dem chinesischen Binnenmarkt ist noch gravierender: Fast die Hälfte aller verkauften Bücher, CDs und DVDs sind Raubkopien. Beim letzten Gipfeltreffen versprach China, Verstöße gegen die Rechte an geistigem Eigentum stärker zu bekämpfen. Tatsächlich traten am 6. April 2007 dazu neue gesetzliche Bestimmungen in China in Kraft.

Ausblick

Seit 2003 strebt die EU trotz allen politischen und wirtschaftlichen Streitpunkten eine „strategische Partnerschaft mit China“ an. In der im Oktober 2006 veröffentlichten neuen China-Strategie der Europäischen Kommission bekennt sie sich zur Unterstützung demokratischer Strukturen, mahnt zur Einhaltung der Menschenrechte und wirbt für gemeinsame Wertvorstellungen. Die Kommission ist sich gleichzeitig darüber im Klaren, dass auch in Zukunft Konflikte mit der besonderen Form des chinesischen Sozialismus nicht ausbleiben werden. Hinsichtlich der ökonomischen Streitfragen wiederholte die Kommission dort ihre Ankündigung, gegebenenfalls Schutzmaßnahmen gegen chinesische Exporte einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hat China auch im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik nun damit begonnen, Kompromisse einzugehen. So hat China im Mai 2007 die Schwankungsbreite des Yuan gegenüber dem US-\$ von 0,3 auf 0,5 % erweitert. Das Problem der Plagiate aus China lässt sich jedoch nicht so schnell beseitigen wie die Handelsschranken, denn für den Kampf gegen den Diebstahl geistigen Eigentums werden sowohl die Entschlossenheit der Zentralregierung als auch die der häufig autonom handelnden Lokalbehörden benötigt.

Quellen:

- Franco Algieri: Die Europäische Union und China, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Europäische Union: Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2004, S. 574-595.
- Kommission der Europäischen Kommission: Arbeitsunterlage der Kommission zu KOM (2006) 631 endgültig: Mit der engeren Partnerschaft wächst die Verantwortung, Strategiepapier für eine Handels- und Investitionspolitik der EU gegenüber China, Wettbewerb und Partnerschaft.
- Die Europäische Union: Chronology of EU-China Relations, <http://www.delchn.cec.eu.int/en/eu_and_china/Milestones.htm>.

Dr. Jörg Schneider, Zhongkai Shen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614, E-Mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de